

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

07.02.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>Neues Atomlager in Lubmin: Grüne ändern Strategie</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 05.02.2022</i> .....	3
2   <b>Wohin mit dem Atomgrab?</b> <i>Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 06.02.2022</i> .....	5
3   <b>Warum der Atomausstieg in den USA tabu ist</b> <i>WELTplus, 04.02.2022</i> .....	8

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 05.02.2022 | S. 8

📄 Auflage: 29.839 | Reichweite: 74.194

👤 Martina Rathke

## CASTOR-LAGERUNG IN LUBMIN

# Neues Atomlager in Lubmin: Grüne ändern Strategie

**Mit der Auslegung der Pläne beginnt neue Phase im Genehmigungsprozess. Partei fordert weiter eine „heiße Zelle“.**

Trotz ihrer grundsätzlichen Kritik an den Planungen für das neue atomare Zwischenlager (Estral) in Lubmin wollen die Grünen in MV das derzeit laufende Genehmigungsverfahren nicht ausbremsen.

Die Grünen drängen zwar weiter auf den Bau einer „heißen Zelle“, in der Castoren mit hochradioaktivem Abfall sicher geöffnet und repariert werden können, setzen aber jetzt auf einen nachträglichen Einbau. „Wenn wir jetzt den Abbruch des Genehmigungsverfahrens erwirken, würden wir den Bau des neuen Zwischenlagers für hochradioaktiven Abfall um Jahre verzögern“, so der atompolitische Sprecher der Grünen, Hannes Damm.

Der Einbau einer „heißen Zelle“ soll nun durch eine Änderungs genehmigung erwirkt werden, wenn das Estral grundsätzlich genehmigt ist. Seit Jahren kritisiert die Partei, dass dieser besonders abgeschirmte Reparaturbereich nicht Teil des Genehmigungsantrags der bundeseigenen **EWN GmbH (Entsorgungswerk für Nuklearanlagen)** ist.

In der kommenden Woche (11. Februar) beginnt mit der öffentlichen Auslegung der Anträge und Sicherheitsberichte eine neue Phase im Genehmigungsverfahren für den Bau des Estrals. Bürger, Umweltverbände und Behörden können dann bis 11. April die Unterlagen einsehen und danach mögliche Einwendungen

formulieren.

Das neue Zwischenlager ist notwendig geworden, weil der Bund im Jahr 2011 nach weltweiten Terroranschlägen die Sicherheitsanforderungen für die Atom-Zwischenlagerung erhöht hatte. Bislang liegen die 74 Castoren mit Brennelementen aus Lubmin, Rheinsberg, Karlsruhe und aus dem atombetriebenen Forschungsschiff „Otto Hahn“ in der Halle 8 des Zwischenlagers Nord (ZLN). Das Problem: Die Castoren-Halle ist baulich mit den Bereichen für schwach- und mittelradioaktiven Abfall verbunden.

Die **EWN** GmbH hofft für das Estral auf eine Genehmigung bis Ende 2023. Nach vier Jahren Bauzeit könnte dann frühestens 2027 mit der Umlagerung der Castoren begonnen werden.

Das neue Zwischenlager ist baulich für 100 Jahre ausgelegt. Die Aufbewahrungsdauer für die Castoren bleibt nach **EWN**-Angaben auf 40 Jahre ab Verschluss beschränkt. Damit läuft die Genehmigung für den ersten Castor im Jahr 2036 aus. Weil sich die Suche nach einem Atom-Endlager hinzieht, müssen die Atommüllbehälter mit ihrem brisanten Inhalt länger als die genehmigten 40 Jahre in oberirdischen Zwischenlagern stehen. Offiziellen Angaben zufolge soll ein Endlager ab 2050 in Betrieb gehen. Experten rechnen inzwischen aber mit deutlichen Verzögerungen.



**Bild:** Das Entsorgungswerk für Nuklearanlagen plant auf dem Gelände des stillgelegten Kernkraftwerks ein neues Zwischenlager für hochradioaktiven Abfall.

 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung | 06.02.2022 | S. 20

 Auflage: 216.048 | Reichweite: 740.000

 Sebastian Balzter, Marcus Theurer

## Wohin mit dem Atomgrab?

**In Skandinavien ist die Endlagerfrage geklärt, in Deutschland wird weiter gestritten. Dass die EU die Atomkraft jetzt als nachhaltig einstuft, macht alles noch schwieriger.**

Am Ende dieses Jahres sollen die letzten Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet werden, das hat die frühere Bundesregierung nach dem Reaktorunfall von Fukushima 2011 binnen weniger Monate beschlossen. Das Atomzeitalter ist damit aber noch längst nicht vorbei. Die Brennstäbe aus den Reaktoren werden noch Hunderttausende von Jahren radioaktiv strahlen. Wo dieser Müll so lange eingelagert werden soll? Darüber wird in Deutschland seit fast einem halben Jahrhundert gestritten. Und es wird nach aller Voraussicht noch weitere drei Jahrzehnte dauern, bis ein Endlager in Betrieb geht - wenn überhaupt.

Umso mehr lässt eine Nachricht aus Schweden aufhorchen. Dort hat die Regierung soeben beschlossen: Das nationale Atommüll-Endlager soll in Östhammar entstehen, einer Gemeinde mit rund 20 000 Einwohnern an der Ostseeküste, in zehn Jahren könnten die ersten Brennstäbe dort eingelagert werden. Noch einen Schritt weiter ist Finnland. Auf der Halbinsel Olkiluoto im Südwesten des Landes sind die Bauarbeiten für das Endlager sogar schon weit fortgeschritten, es soll 2024 in Betrieb genommen werden. Von ein paar geheimnisumwitterten Anlagen in der früheren Sowjetunion abgesehen wird es das erste Atommüllendlager auf der Welt sein. Anders als in Deutschland sollen in Schweden und Finnland die Atomkraftwerke noch einige Jahrzehnte am Netz bleiben. Doch die brisante Endlagerfrage ist dort bereits geklärt.

Warum aber ist in Deutschland schier unmöglich, was im Norden Europas geht? Die Suche nach Antworten kann zum Beispiel bei Veronika Hüning beginnen. Die Atomkraftgegnerin aus Niedersachsen nimmt regelmäßig am sogenannten Gorlebener Gebet teil. Seit 1989 treffen sich jeden Sonntag Gläubige nahe dem damaligen "Erkundungsbergbau" und heutigen Zwischenlager, um dafür zu beten, dass dieser Ort nicht zur dauerhaften Atommülldeponie wird. Die Teilnehmer kommen bei Wind und Wetter im Wald zur Andacht unter freiem Himmel zusammen. Manchmal sind es zwei Dutzend, bei Regen und Schnee auch

mal nur drei. "Ausgefallen ist das Gebet in den ganzen Jahren noch nie", berichtet Hüning. Zum Jubiläum vor drei Jahren habe der Ökoveteran Franz Alt gesprochen. "Da war der Wald voll mit Hunderten von Teilnehmern." Die Atommüllfrage bleibt in Deutschland ein emotional extrem aufgeladenes Thema.

Gorleben - kein anderer Name steht in Deutschland so sehr für die völlig vergeigte Suche nach einem Endlager für die Überreste des zu Ende gehenden Atomzeitalters. Das Dorf, das im äußersten östlichen Zipfel Niedersachsens an der ehemaligen Grenze zur DDR liegt, zählt nur rund 700 Einwohner, und trotzdem ist es im ganzen Land bekannt. Am Faschingsdienstag 1977 verkündete der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht überraschend, dass ein ehemaliges Salzbergwerk auf der Gemarkung von Gorleben als Standort für ein "nukleares Entsorgungszentrum" geprüft werde.

Der CDU-Politiker trat damit einen Konflikt epischen Ausmaßes los. Über Jahrzehnte hinweg lieferten sich zeitweise Tausende Atomkraftgegner und Polizisten in der Gegend um die Gemeinde erbitterte Schlachten. Inzwischen wird Gorleben zwar nicht mehr als Endlagerstandort in Erwägung gezogen. Doch gebetet wird immer noch jedes Wochenende. "Es gibt noch keine endgültige Absage an die Atomenergie", befürchtet die Aktivistin Hüning. Die Debatte um die Anerkennung der Atomkraft als "grüne" Energieform durch die EU zeige dies doch sehr klar.

Gut 1200 Kilometer nordöstlich von Gorleben, im schwedischen Östhammar, hat es niemals nennenswerte Proteste gegen das Endlager gegeben, ebenso wenig im finnischen Olkiluoto. Dazu heißt es gewöhnlich, die Nordeuropäer seien eben nüchtern, friedliebend, konsens- und technikbegeistert. Es wäre aber zu einfach, den Unterschied zwischen Deutschland und Skandinavien in der Endlagerfrage allein mit solchen weichen Faktoren begründen zu wollen. Es gibt bessere Erklärungen dafür. Vor allem ist die Endlagersuche

dort, verglichen mit dem Zickzackkurs in Deutschland, pfeilgerade verlaufen: Es gab Vorerkundungen im ganzen Land, in Schweden seit 1977, in Finnland seit 1983, dann Probebohrungen an ausgewählten Standorten, die schließlich auf jeweils eine Gemeinde hinausliefen. Die Geologie war dabei hilfreich. Der im Norden großflächig vorhandene Granit ist nicht so kompliziert wie die Salzstöcke in Deutschland; mehr als 400 Meter tief in den harten Fels bohren Finnen und Schweden ihre Endlager. Die Brennstäbe sollen zuerst in Kupferkapseln eingeschlossen, dann mit einer speziellen Tonschicht umhüllt, schließlich in abgezählte Bohrlöcher versenkt werden. Es ist gerade genug Platz für alle Brennstäbe vorgesehen, die in den Kernkraftwerken der beiden Länder bis zum Ende ihrer Laufzeiten noch benötigt werden.

### Verschenkte Jahrzehnte

In Deutschland wird die undankbare Aufgabe der Endlagersuche von einer Behörde überwacht, von deren Existenz die meisten Bürger noch nie gehört haben dürften: dem Berliner Bundesamt für die Sicherheit der Nuklearen Entsorgung (Base). Laut EU-Recht muss jedes Mitgliedsland seinen Atommüll innerhalb der eigenen Grenzen beerdigen. Von den gut sechs Jahrzehnten der Kernkraftnutzung in Deutschland bleiben rund 27 000 Kubikmeter hoch radioaktiven Mülls übrig, der nun für sage und schreibe eine Million Jahre sicher verwahrt werden soll. So steht es jedenfalls im 2017 vom Bundestag verabschiedeten Standortwahlgesetz.

Der Zeitraum sprengt die menschliche Vorstellungskraft. "Schon allein das zeigt die Hybris der Atomtechnik", sagt Wolfram König, der Präsident des Base. Aber gelöst werden muss das Problem der sicheren Verwahrung trotzdem, und deshalb gibt es in seiner Behörde auch Experten für die sogenannte Atomsemiotik. Im Kern geht es darum, sich Zeichen auszudenken, die vor den Gefahren des im Erdreich gelagerten Atommülls warnen und auch noch in zehntausend Jahren von den dann lebenden Menschen verstanden werden. König verweist auf die alten Chinesen, die ihr Wissen in Stein gemeißelt und so verewigt hätten. Die Ägypter wiederum bauten Pyramiden, um an die Gräber ihrer Pharaonen zu erinnern. Werden also in Deutschland demnächst Atompyramiden als ewige Warnung gebaut? Die Frage klingt absurd, aber König will nichts ausschließen. "Dieses Problem mag für viele realitätsfern klingen, aber das ist es nicht", sagt er. Den Atommüll nennt er eine "Ewigkeitslast". Sie zu verdrängen wäre verantwortungslos.

Aber die Deutschen scheinen an dieser Last schwerer zu tragen als die Schweden und die Finnen. Nehmen

es die anderen schlicht nicht ganz so genau mit den Sicherheitsstandards für ihre Endlager? "Ich habe keine Zweifel am verantwortungsvollen Umgang mit dem Atommüll in den skandinavischen Ländern", antwortet der deutsche Behördenchef König. Aber hierzulande seien sowohl die geologischen als auch die gesellschaftlichen Bedingungen für die Endlagersuche schwieriger.

Das Hauptproblem bei der Endlagersuche liegt in Deutschland eindeutig nicht unter der Erdoberfläche, in der Geologie der Gesteinsschichten, sondern in den Konflikten über Tage. Deshalb sieht der Behördenchef König die jüngsten Beschlüsse der EU-Kommission zur "grünen" Atomkraft mit Sorge. "Das ist ein problematisches Signal", sagt er. "Wenn wir dadurch jetzt eine Wiedereinstiegsdebatte auch in Deutschland bekommen, wird diese die Endlagersuche massiv belasten." Denn ein konstruktiver Umgang mit der unvermeidbaren Endlagersuche sei hierzulande erst nach dem Atomausstiegsbeschluss im Jahr 2011 möglich geworden.

Michael Sailer hat den quälenden Streit der letzten Jahrzehnte hautnah miterlebt. Der frühere Chef des Öko-Instituts hat viele Jahre lang als Atomkraft-Sachverständiger und -Berater gearbeitet und gehörte verschiedenen Regierungskommissionen an. Sailer stand der Atomtechnik immer kritisch gegenüber. Aber er sah die Dinge auch pragmatisch: "Ich habe den Atommüll nicht gewollt, aber ihn in Zwischenlagern an der Erdoberfläche liegen zu lassen ist die schlechteste aller Lösungen."

Von 1977, als Ernst Albrecht Gorleben zum Endlagerstandort machen wollte, bis etwa 2013 habe in Deutschland "Vollblockade" geherrscht, sagt Sailer. Das Land habe fast vier Jahrzehnte verschenkt. Die Schweden dagegen hätten viel früher begriffen, dass es bei der Endlagersuche nicht nur um die Lösung technischer Fragen geht. "Da gab es schon viel früher eine breite gesellschaftliche Debatte als bei uns", sagt Sailer. So sei in Deutschland von der Politik nie begründet und erklärt worden, warum die Wahl gerade auf Gorleben fallen solle. Diese Intransparenz habe die Debatte vergiftet und das Misstrauen der Bürger gegenüber den staatlichen Entscheidungsträgern angefacht. Hinzu kam das Umweltdesaster im ehemaligen Salzbergwerk Asse bei Salzgitter. Das wurde in den Sechziger- und Siebzigerjahren als schlampig geführte und hochgradig unsichere Müllkippe für schwach- bis mittelradioaktiven Abfall missbraucht.

Ganz anders in Schweden und Finnland: Die nationalen Strahlenschutzbehörden werden von den Regierungen beider Länder als unabhängige oberste Instan-

zen geachtet. Die Gemeinden wiederum hatten jeweils ein ausgeprägtes Mitspracherecht, die Gemeinderäte in Östhammar und Eurajoki, der Kleinstadt in der Nähe von Olkiluoto, stimmten mit deutlicher Mehrheit zu. Hier wie dort erhofft man sich wirtschaftliche Vorteile durch das Projekt. Außerdem haben Finnland und Schweden frühzeitig geklärt, wie Bau und Betrieb der Endlager finanziert werden sollen. Die Kraftwerksbetreiber müssen dafür schon seit Jahrzehnten je verkaufte Kilowattstunde einen kleinen Betrag in einen Fonds stecken, der die Reserven für die Atommülllagerung verwaltet. Auf umgerechnet 1,8 Milliarden Euro veranschlagt die schwedische Betreibergesellschaft SKB die Baukosten. In Finnland sind 2,5 Milliarden Euro dafür veranschlagt. Steigen die Kosten, wird der Strom teurer. In Deutschland dauerte es bis 2016, bis sich Betreiber und Staat auf eine Kostenaufteilung geeinigt haben. Allerdings ging es dabei auch um viel mehr Geld: Insgesamt werden die Endlagerungskosten in Deutschland bis Ende des Jahrhunderts auf 169 Milliarden Euro geschätzt.

### Entscheidung bis 2031

Optimisten glauben, dass es nun endlich vorangeht. Zum Lager der Zuversichtlichen zählt Steffen Kanitz schon von Berufs wegen. Schließlich ist der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete einer der beiden Geschäftsführer der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), einem staatseigenen Unternehmen mit Hauptsitz im niedersächsischen Peine und mehr als 2000 Mitarbeitern, das mit der konkreten Suche nach einem Standort betraut ist. Der Zeitplan dafür ist ziemlich lang: Erst im Jahr 2050 soll das geplante Endlager in Betrieb gehen - und selbst das hält so mancher Fachmann schon für allzu ehrgeizig. Kanitz, heute 38

Jahre jung, wird bis dahin stramm auf die Rente zugehen. Deutschland müsse für die Fehler der Vergangenheit büßen, sagt der oberste Endlagersucher: "Das Vertrauen in die staatlichen Institutionen ist definitiv geringer als in Schweden oder Finnland. Wir müssen es uns erst erarbeiten."

Der Enddreißiger Kanitz will es besser machen als die Altvorderen. "Partizipation ist ein entscheidendes Erfolgskriterium", sagt er. Mehr als 150 Informationsveranstaltungen zum Endlager-Thema für Bürger und Kommunalpolitiker hat die BGE landauf, landab in den vergangenen Jahren abgehalten. Durch mehr Bürgerbeteiligung könne eine Welle des Widerstands wie einst in Gorleben verhindert werden, erhofft sich Kanitz: "Ich glaube nicht, dass es zwangsläufig große Proteste geben wird." Es solle auch finanzielle Anreize für Kommunen geben, die bereit wären, das Endlager zu akzeptieren. "Aber wir wollen keine falschen Erwartungen wecken", schränkt Kanitz ein. Bis 2031 soll die Entscheidung fallen, wo das deutsche Atomgrab aufgehoben wird. Derzeit ziehen die Fachleute der BGE nach ersten geologischen Analysen noch mehr als die Hälfte der deutschen Landfläche als möglichen Standort in Betracht.

Doch das Schwarzer-Peter-Spiel um den Atommüll, den keiner haben will, hat längst wieder begonnen. Das flächenmäßig mit Abstand größte Bundesland jedenfalls hat für sich schon mal klargestellt: "Wir sind überzeugt, dass Bayern kein geeigneter Standort für ein Atomendlager ist." So steht es geschrieben im Koalitionsvertrag, den der amtierende Ministerpräsident und CSU-Chef Markus Söder 2018 mit seinen Regierungspartnern geschlossen hat.

WELTplus | 04.02.2022 | S. 14:28:09

👤 Daniel Friedrich Sturm

🔗 WEBLINK

## KLIMASCHUTZ

# Warum der Atomausstieg in den USA tabu ist

*Die USA sind ein Energiefresser. Allein 95 Reaktoren laufen, um den Strombedarf zu decken - 30 Mal so viele wie in Deutschland. Politischen Widerstand gibt es kaum. Im Gegenteil: Die Regierung investiert sogar viel Geld in Nuklearforschung. Doch ein zentrales Problem bleibt.*

Sie heißen Arkansas Nuclear, Dresden, Limerick oder Palo Verde - und fast niemand redet über sie. Amerikas Atomkraftwerke produzieren rund ein Zehntel des gesamten Energieverbrauchs. Doch in dem Land, in dem eigentlich über fast alles lebhaft diskutiert wird, bleibt eine öffentliche Debatte über das Ende der Atomkraft aus. Während die EU die Atomkraft jetzt zum Hebel für die Dekarbonisierung und ihre Klimaziele erklärt hat, verfolgt Washington diese Strategie schon länger.

Selbst linke Demokraten setzen auf Atomkraft - oder stellen sie zumindest nicht öffentlich infrage. Geballten Widerstand gegen die Atomenergie leistet allein die Grüne Partei. Sie fordert in ihrem Programm "die frühzeitige Stilllegung von Kernkraftwerken so schnell wie möglich (in maximal fünf Jahren)". Doch Amerikas Grüne sind eine Splitterpartei, politisch wirkungslos. Bei der Präsidentschaftswahl 2020 kamen ihre Kandidaten auf 0,3 Prozent. Bundesweit stellen sie keinen Mandatsträger.

Im Energiemix der USA belegt Atomenergie mit neun Prozent den fünften Rang nach Öl (35 Prozent) Gas (34 Prozent), erneuerbaren Energien (zwölf Prozent) und Kohle (zehn Prozent).

Mit ihren 330 Millionen Einwohnern stoßen die USA 13 Prozent der globalen Treibhausgase aus. Das entspricht pro Kopf doppelt so viel Kohlendioxid wie Deutschland. Die USA sind zudem der weltweit größte Produzent von Erdöl und Erdgas.

Es gibt derzeit 57 Atomkraftwerke mit 95 Reaktoren, verteilt auf 28 Bundesstaaten. Die meisten von ihnen befinden sich östlich des Mississippi. Illinois (13 Millionen Einwohner) hat mit elf Reaktoren mehr als jeder andere Bundesstaat - erst recht als Deutschland. Zwei weitere Reaktoren eines bestehenden AKWs in Geor-

gia sind derzeit in Bau. Sie sollen dieses Jahr ans Netz gehen. Ein weiteres Dutzend neuer Meiler ist unkonkret in Planung.

### Sechs Milliarden Dollar für längere Laufzeiten und Forschung

Zeitweise hatten die USA 129 Reaktoren in Betrieb. Einzelne weitere Reaktoren sollen künftig vom Netz gehen. Ein kompletter Atomausstieg aber ist nicht geplant. Im Gegenteil: Präsident Joe Bidens Infrastrukturprogramm, verabschiedet im vorigen Jahr, hält sechs Milliarden Dollar Subventionen für längere Laufzeiten und 2,5 Milliarden Dollar für Forschung und Entwicklung neuer Nukleartechnik vor.

Die USA wollen, wie Kanada, die Entwicklung sogenannter kleiner modularer Reaktoren vorantreiben. Diese "fortschrittlichen Kernreaktoren" seien kleiner, sicherer, effizienter und nur halb so teuer wie die heutige Technologie, heißt es in Bidens Klimaplan.

Bereits im Wahlkampf hatte Vizepräsidentin Kamala Harris klargestellt, sie unterstütze die Nutzung von Kernenergie "vorübergehend". Gleichzeitig will die Regierung Biden, anders als Vorgänger Donald Trump, in sauberere, erneuerbare Energien investieren, Elektroautos subventionieren.

Die Atomkraft soll aus Sicht Washingtons dazu beitragen, die ehrgeizigen Klimaziele zu erreichen: null Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 und einen zu 100 Prozent sauberen Energiesektor bis 2035. Energieministerin Jennifer Granholm kann darauf verweisen, dass Solar- und Windkraft als Energiequellen immer wichtiger werden. Schon vor zwei Jahren haben die erneuerbaren Energien die Kohle überflügelt.

Damit Kalifornien seine extrem ehrgeizigen Klimaziele erreicht, seien neben Energie aus Wind und Sonne geothermische und nukleare Energie sowie Erdgas nötig, heißt es in einer Studie der Nicht-Regierungsorganisation Environmental Defense Fund. Nur so sei die Versorgung mit "sauberen, stabilen Strom" jenseits von Wetterlaunen gewährleistet.

Selbst in der nach links gerückten Demokratischen Partei sind Atomkraft-Skeptiker kaum zu hören. Mit Blick auf die "dringende" Notwendigkeit, den Energiesektor zu dekarbonisieren, setzt man auf "alle kohlenstofffreien Technologien". Das schließe Atomkraft ein, hieß es im Programm der Demokraten für die Wahl 2020. Die linke Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez kämpft zwar für einen Green New Deal und vertritt sonst oft unkonventionelle Positionen.

Zur Kernkraft nehme sie "weder eine starke Anti- noch eine Pro-Position ein", sagte Ocasio-Cortez 2019. Ihr Green New Deal sah "saubere, erneuerbare und emissionsfreie Energie" zur Deckung von 100 Prozent des US-Strombedarfs in den nächsten zehn Jahren vor - und "lässt die Tür zur Kernenergie offen". In einem Papier mit dem Klima-Beauftragten John Kerry plädiert Ocasio-Cortez für die Entwicklung innovativer Reaktoren.

"Die Atomkraft ist das Stiefkind der amerikanischen Energiewirtschaft", sagt Gernot Wagner, Klima-Ökonom an der Columbia Business School in New York. "Sie ist existent, wird weiter existieren, aber ihre Bedeutung ist hinter Gas und Erneuerbare zurückgefallen."

## Keine Debatte über Endlagerung

Die Atomkraft werde in den USA "positiver gesehen" als in Europa, sagt Wagner im WELT-Gespräch: "Oder genauer gesagt: Sie wird positiver gesehen als in Deutschland oder Österreich. Bei der Sicht auf die Atomkraft verläuft die Grenze ja nicht durch den Atlantik, sondern eher im Rhein."

Eine echte Debatte über die zivile Nutzung der Kernenergie gebe es nicht. Bundesstaaten wie Kalifornien oder New York, sagt Wagner, erlebten jetzt wieder, wozu das Abschalten von Atomkraftwerken führe: Sogleich wachse der Anteil fossiler Energieträger am Strommix.

"Nachhaltig" will Klima-Ökonom Wagner die Atomkraft nicht nennen. Zwar brauchen die Kraftwerke nur wenig Platz und stoßen kaum Kohlendioxid aus. Dagegen stehen Atommüll und Restrisiken. So positiv die Amerikaner auf die Atomkraft blicken, so sehr vermeiden sie eine Debatte über die Endlagerung. Die USA haben kein zentrales Endlager. Der überwiegende Teil der kommerziellen Brennstoffe verbleibt in den Kernkraftwerken, in denen sie erzeugt worden sind.

Eine vollständige Kostenrechnung für die Kernenergie sei komplex bis unmöglich, sagt Amory Lovins, Professor für Umweltingenieurwesen an der Universität Stanford. Sie müsste Risiken und Kosten einkalkulieren, die nur schwer zu quantifizieren seien. Dazu zählen etwa Risiken und Kosten extremer Lizenzverlängerungen, Stilllegungsrisiken, Lagerung und Transport abgebrannter Brennelemente sowie Risiken und Kosten möglicher Unfälle.